



Darmstadt, 02. Juli 2009

Pressemitteilung

Bundestag stimmt über Optionszwang im Staatsbürgerschaftsrecht ab „Bürokratisch und integrationsbehindernd“

Der Deutsche Bundestag stimmt heute Abend über die Streichung des sogenannten Optionszwangs aus dem deutschen Staatsangehörigkeitsrecht ab. Seit seiner Reform im Jahre 2000 müssen sich in Deutschland geborene Kinder nicht-deutscher Eltern mit der Volljährigkeit zwischen der deutschen Staatsangehörigkeit und der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern entscheiden. Insgesamt knapp 7.500 junge Menschen werden bis Ende dieses Jahres von den zuständigen Behörden angeschrieben und aufgefordert, zu optieren. Der damit verbundene bürokratische Aufwand ist enorm und die Zahl der Betroffenen wird in den nächsten Jahren kontinuierlich ansteigen.

Der Vorsitzende des Interkulturellen Rates in Deutschland, Jürgen Micksch, weist aus diesem Anlass auf das breite Bündnis prominenter Persönlichkeiten aus Gewerkschaften, Kirchen, Wissenschaft und Politik hin, das die Forderung nach der Abschaffung des Optionszwangs unterstützt. Sie alle haben den vom Interkulturellen Rat koordinierten Aufruf „Sie gehören zu uns! Wider den Optionszwang für Kinder unseres Landes“ unterzeichnet, der letzte Woche der Öffentlichkeit vorgestellt und zwischenzeitlich von über 1.000 Personen online unterschrieben wurde.

„Auch wenn sich im Deutschen Bundestag heute sicher keine Mehrheit dafür finden wird - wir werden über die Legislaturperiode hinaus dafür eintreten, den Optionszwang abzuschaffen. Denn die davon Betroffenen sind Kinder unseres Landes. Sie vor die Wahl zwischen der Staatsangehörigkeit ihres Heimatlandes und der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern zu stellen, ist ein falsches integrationspolitisches Signal, mit dem persönliche und familiäre Konflikte vorprogrammiert werden. Auch der Tonfall, mit dem die Behörden die Heranwachsenden dazu auffordern, sich zu entscheiden, ist kaum mit einer Willkommenskultur zu vereinbaren, der sich ein Einwanderungsland wie Deutschland verpflichtet fühlen sollte“, sagte Micksch.

Er erklärte weiter, der Optionszwang stelle darüber hinaus eine eklatante Form der Ungleichbehandlung dar, mit der „Deutsche erster und zweiter Klasse“ geschaffen worden seien. Denn Kinder von Eltern mit der Staatsbürgerschaft eines EU-Landes dürfen auch nach der Volljährigkeit beide Pässe behalten und bei Einbürgerungen sind doppelte Staatsbürgerschaften mittlerweile eher die Regel als die Ausnahme.

Der Aufruf „Sie gehören zu uns! Wider den Optionszwang für Kinder unseres Landes“ kann auf der Internetseite www.wider-den-optionszwang.de online unterzeichnet werden. Dort finden sich auch weitere Informationen zum Staatsangehörigkeitsrecht und den Auswirkungen des Optionszwangs für die Betroffenen.

Die anonymisierte Abschrift behördlicher Schreiben an Optionspflichtige kann bei der Geschäftsstelle des Interkulturellen Rates abgerufen werden.